

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 064 | 20.12.2024

Unsere Initiativen für mehr Sicherheit im Alltag und effektivere Strafverfolgung

Liebe Leserin, lieber Leser,

das war überfällig! Der Deutsche Bundestag hat Olaf Scholz und seiner rot-grünen Restregierung das Misstrauen ausgesprochen. Das würde- und schamlose Spektakel der letzten Wochen hat damit endlich ein Ende, der Weg für Neuwahlen, voraussichtlich am 23. Februar 2025 ist frei!

Und was für den 16. Dezember galt, das gilt erst recht am Wahltag: dieser Kanzler verdient kein Vertrauen!

Noch einmal zur Erinnerung: ursprünglich wollte Scholz die Vertrauensfrage erst im neuen Jahr, am 15. Januar 2025 stellen. Er verfolgte damit das durchschaubare Ziel, den Neuwahltermin nach dem 2. März anzusetzen. Am 2. März finden in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt, und Scholz hoffte in seiner Heimatstadt und SPD-Hochburg auf ein vergleichsweise gutes Ergebnis für seine Partei. Dieses hätte im Finale des Bundestagswahlkampfes für Rückenwind sorgen können.

Das Spiel auf Zeit war ein durchsichtiges, rein wahltaktisches Manöver.

Es diente offenbar dazu, die Kanzlerschaft, um jeden Preis zu verlängern oder gar zu retten – ohne Rücksicht auf Verluste!



Gut, dass es jetzt anders gekommen ist und gut, dass wir diesen Kanzler und seine Regierungsmannschaft nicht mehr bis zum September 2025 ertragen müssen! Denn die Lage ist nach drei Jahren der Scholz-Regierung ernst, ernster, als man es sich hätte ausmalen können.

Deindustrialisierung und Kontrollverlust bei der Migration in der Innenpolitik, Blamage und Spott auf dem internationalen Parkett angesichts einer moralisierenden und leichtgewichtigen Außenpolitik, Realitätsverlust als Staatsräson. Das alles ist die bittere Bilanz der Ampelregierung und damit federführend von Olaf Scholz. Trotz Versagen auf nahezu jedem Politikfeld, hält er sich weiterhin für den geeignetsten Kandidaten – das spricht Bände über diesen Mann!

NEUSTART

Deutschland steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Die letzten Jahre haben gezeigt: Der Kurs der Bundespolitik, geprägt von übermäßigen Staatseingriffen, Planwirtschaft, Subventionen und ideologisch getriebenen Entscheidungen, ist gescheitert. Die Wirtschaft schwächelt, die Verteidigungsfähigkeit ist unzureichend, und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird zunehmend strapaziert. Die Neuwahlen zum Deutschen Bundestag sind eine große Chance, die dringend notwendige Kehrtwende einzuleiten und die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen.

CDU und CSU stehen für einen klaren Politikwechsel – einen Kurs, der Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Unsere Vision ist es, Deutschlands Potenziale freizusetzen, Dynamik zu schaffen und den Menschen wieder Zuversicht zu geben!



Unser Leitantrag der Woche „Politikwechsel für Deutschland – [Soziale Marktwirtschaft statt grüner Planwirtschaft](#)“

In der aktuellen Wahlperiode hat sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands drastisch verschlechtert. Dies lässt sich an den wirtschaftlichen Kennzahlen (zwei Jahre Rezession, voraussichtlich Stagnation 2025) festmachen. Im internationalen Vergleich ist Deutschland Schlusslicht unter den G7-Staaten. Insbesondere die Industrieproduktion hat sich nach Corona nur kurz erholt und nimmt seither stetig ab. Deutsche Unternehmen investieren immer mehr im Ausland anstatt im Inland. Zahlreiche große Unternehmen kündigen Stellenabbau an. Die Arbeitslosenzahlen steigen.

Die Regierung Scholz konnte sich weder auf eine realistische Lageeinschätzung noch auf wirksame Maßnahmen einigen. Statt Reformen entschied sich die Ampel inmitten der größten Energiekrise der Nachkriegszeit gegen eine Weiternutzung der Kernkraftwerke und sorgte mit ihrer Energiepolitik für hohe Strompreise. Das „Bürgergeld“ setzt keine Arbeitsanreize und belastet den Bundeshaushalt. Das Heizungsgesetz verunsichert Bürger und Gewerbe. Die Bürokratie hat immens zugenommen: Laut Normenkontrollrat ist der laufende Erfüllungsaufwand seit 2021 von ca. 11 auf 27 Mrd. Euro gestiegen.



Statt einer „transformativen Angebotspolitik“ für einige Wenige setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik für Alle. Anstatt Subventionen für einzelne Bereiche brauchen wir Steuersenkungen und Entlastungen für die gesamte Wirtschaft.

Die Wirtschaftsinstitute weisen zunehmend darauf hin, dass Deutschland nicht nur unter einer konjunkturellen, sondern einer strukturellen Schwäche leidet. Deshalb sind jetzt auch strukturelle Änderungen notwendig. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder erhöhen, um mehr Wachstum für mehr Wohlstand zu erreichen.

Dazu schlagen wir eine Reihe konkreter Maßnahmen vor, u.a.:

- Wir wollen das Unternehmertum fördern und die Bürokratie abbauen mit einem Belastungsmoratorium auf nationaler und europäischer Ebene.

Wir schaffen eine „Gründerschutzzone“, in der Unternehmen in der Startphase von Bürokratie befreit werden. Wir wollen das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abschaffen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, den Abschluss von Freihandelsabkommen intensivieren und das Mercosur-Abkommen ratifizieren.

- Die Unternehmenssteuerbelastung wollen wir senken, indem wir insbesondere die Steuern auf thesaurierte Gewinne schrittweise auf 25 Prozent senken sowie die Agrardieselrückvergütung für Land- und Forstwirte wieder einführen.
- Wir wollen Anreize für Beschäftigung und zur Arbeitsaufnahme stärken, indem wir die Überstundenzuschläge für Vollzeitbeschäftigte und die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei stellen und das Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung ersetzen.
- Wir wollen Deutschland wieder wettbewerbsfähig machen, u.a. mit einer neuen Energie-Agenda, die dafür sorgt, dass die Kosten der Energiewende deutlich sinken.

Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist gescheitert. Die Bilanz sind zwei Jahre Rezession, massive Kapitalabflüsse ins Ausland, steigende Arbeitslosenzahlen, hohe Energiepreise und hohe Steuern. Wir wollen, dass unsere Unternehmen wieder erfolgreich wirtschaften und gut bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland schaffen. Dazu braucht es gute Rahmenbedingungen für alle Unternehmen – soziale Marktwirtschaft statt grüner Planwirtschaft.

Wir wollen die Unternehmenssteuern auf ein wettbewerbsfähiges Niveau bringen, dem Fachkräftemangel mit flexiblerem Arbeiten entgegenwirken, das Bürgergeld abschaffen und eine neue Grundsicherung

introduce, for a reliable, affordable and clean energy supply and free companies from bureaucratic burdens.

Unser Leitantrag der Woche „Politikwechsel für Deutschland – [Sicherheit vor Ort, im Alltag und in der Nachbarschaft – Für starke Sicherheitsbehörden und leistungsfähige Justiz](#)“

Die innenpolitische Bilanz nach drei Jahren Regierung Scholz ist verheerend. Die Sicherheitslage wird seit Ende 2021 immer schlechter. Die Kriminalität hat landesweit zugenommen: Um 11,5 Prozent im Jahr 2022 und weitere 5,5 Prozent im Jahr 2023.

Die Straßensriminalität breitet sich aus, die politisch motivierte Kriminalität ist in vielen Bereichen sprunghaft angestiegen. Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte, aber auch auf Ehrenamtliche und Politiker häufen sich. Die Ausländerkriminalität nimmt rasant zu, allein im letzten Jahr gab es 17,8 Prozent mehr Straftaten.



Besondere Sorge bereitet uns die Entwicklung bei Kindern und Jugendlichen, die 43 Prozent mehr Straftaten gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 verübt haben.

Auch Extremismus und Antisemitismus nehmen immer erschreckendere Ausmaße an. In diesem Jahr begehen Islamisten zwei furchtbare Terroranschläge in Mannheim und Solingen. Kalifats-Demonstranten ziehen durch Hamburg. In Berlin beherrschen antisemitische Hetzer ganze Stadtviertel.

Die innere Sicherheit muss wiederhergestellt werden. Dafür benötigen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden zeitgemäße Befugnisse, ausreichend Personal für mehr Präsenz in der Öffentlichkeit und das volle Vertrauen von Politik und Gesellschaft.

Unsere wichtigsten Forderungen sind:

- Für Sicherheit im Alltag und in der Nachbarschaft ist mehr Präsenz der Polizei auf den Straßen und der Ausbau des Videoschutzes an öffentlichen Gefahrenorten erforderlich. Das Cannabis-Gesetz wird zurückgenommen.
- Wir stärken insbesondere den Schutz vor allem von Frauen, älteren Menschen, Kindern und Menschen mit Behinderungen vor Gewalttaten, häuslicher Gewalt und Missbrauch. Straftaten mit Messern sind deutlich härter zu bestrafen. Im Strafrecht soll überdies gelten: Gleiche Rechte, gleiche Verantwortung. Künftig soll auf alle Heranwachsende das allgemeine Strafrecht Anwendung finden.
- Unsere Sicherheitsbehörden erhalten angemessene Befugnisse gegen Straftaten im Internet, gegen sexuellen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie. Dazu gehört vor allem eine Mindestspeicherfrist für IP-Adressen samt Port-Nummern.
- Gegenüber Islamismus und Antisemitismus sowie Rechts- und Linksextremismus gilt eine Null-Toleranz-Strategie. Extremisten und Antisemiten dürfen nicht eingebürgert werden. Extremistische und antisemitische Straftäter verlieren künftig ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland.
- Wir stehen für Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden. Angriffe auf diejenigen, die uns schützen, werden härter bestraft.

- Mit einem neuen „Pakt für den Rechtsstaat“ statten wir die Gerichte und Staatsanwaltschaften besser aus und beschleunigen die Gerichtsverfahren. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen.

Die Regierung von Olaf Scholz ist bei der inneren Sicherheit auf ganzer Linie gescheitert. Die Kriminalität hat landesweit zugenommen, die Jugend- und Ausländerkriminalität bereitet besondere Sorgen.

Während die Kriminalität steigt und Extremismus zunimmt, konnte sich die Regierung Scholz über drei Jahre nicht auf wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Bedrohungen einigen.

Wir setzen auf eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Straftätern. Wir stärken die Sicherheitsbehörden durch zeitgemäße Befugnisse und sorgen für mehr Präsenz im öffentlichen Raum. Die Bekämpfung von Extremismus, Antisemitismus und Organisierter Kriminalität hat für uns höchste Priorität. Deutschland braucht eine klare, konsequente Politik der inneren Sicherheit, die Bürgerinnen und Bürger schützt und Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherstellt.

Unser Leitantrag der Woche „Politikwechsel für Deutschland – Illegale Migration stoppen, humanitäre Verantwortung erfüllen“

Seit dem Amtsantritt der Regierung Scholz im Dezember 2021 wurden in Deutschland rund 776.000 Asylerstanträge gestellt. Zusätzlich sind rund 1,2 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Diese Zahlen unterstreichen das Ausmaß der schweren Migrationskrise. Die irreguläre Migration überschreitet nicht nur die Integrationsfähigkeit unseres Landes, sondern hat auch gravierende Auswirkungen auf die innere Stabilität und Sicherheit der Gesellschaft.

Die Belastungsgrenze ist in vielen Kommunen längst überschritten. Wirksames Gegensteuern der Bundesregierung bleibt dennoch bis heute aus.



Deutschland muss die Kontrolle über die Zuwanderung zurückgewinnen, um die Stabilität des Gemeinwesens und die innere Sicherheit zu bewahren. Eine neue Bundesregierung muss daher von erstem Tag an entschlossen handeln. Sie muss eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik einleiten. Unsere zentralen Maßnahmen umfassen:

- Zurückweisung von Migranten an den deutschen EU-Binnengrenzen, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können.
- Einführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten, um das Schlepperunwesen zu zerschlagen.
- Verschärfte Abschiebungsregeln insbesondere für Straftäter und Gefährder, einschließlich Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien.
- Wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen, einschließlich des baulichen und technischen Grenzschutzes.

- Eine flächendeckende Einführung der Bezahlkarte und ein Vorrang von Sachleistungen zur Reduktion von Fehlanreizen. Für Ausreisepflichtige werden die Sozialleistungen an dem von Gerichten aufgestellten Grundsatz „Bett, Brot und Seife“ ausgerichtet und sehen, wo immer möglich, einen gänzlichen Leistungsauschluss vor.
- Stärkung der Integration durch verpflichtende Vereinbarungen, klare Erwartungshaltung und ein Ende der Express-einbürgerung der Ampel.

Eine neue Bundesregierung muss von erstem Tag an entschlossen eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik einleiten. Dazu gehören insbesondere die Zurückweisung von Migranten an den deutschen EU-Binnengrenzen, die Einführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten sowie neue und verschärfte Abschiebungsregeln insbesondere für Straftäter und Gefährder, einschließlich Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien.

Wir setzen auf eine konsequente und humane Migration,-spolitik, die illegale Zuwanderung stoppt und Kapazitäten für gelingende Integration schafft.

In dieser Woche beraten wir zwei Gesetzentwürfe in abschließender zweiter und dritter Lesung, die der **Stärkung der Resilienz des Bundesverfassungsgerichts** dienen: Den [Entwurf](#) für ein

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 93 und 94) sowie für ein Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes und des Untersuchungsausschussgesetzes

Diese bringen wir gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, Grünen und FDP ein.

Mit dieser Änderung des Grundgesetzes werden wir bestimmte Strukturprinzipien des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz festschreiben.

Dies betrifft: Den Status des BVerfG als Verfassungsorgan; den Schutz der Struktur des Gerichts, also die Gliederung in zwei Senate und die Zahl der Richter (8 pro Senat); die Amtszeit (12 Jahre) und die Altersgrenze (68 Jahre) der Bundesverfassungsrichter, sowie den Ausschluss der Wiederwahl von Bundesverfassungsrichtern, sowie die Fortführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit bis zur Wahl eines Nachfolgers.



Darüber hinaus schreiben wir die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts im Grundgesetz fest. Dabei stellen wir auch klar, dass der Gesetzgeber nicht daran gehindert ist, ein vom BVerfG für nichtig erklärtes Gesetz erneut – in verfassungsgemäßer Form – in Kraft zu setzen. Überdies schreiben wir die Geschäftsordnungsautonomie des Gerichts fest – so wie andere Verfassungsorgane auch, gibt das BVerfG sich eine Geschäftsordnung.

Zur krisenfesten Gestaltung der Richterwahl nehmen wir eine Öffnungsklausel in Grundgesetz auf. Damit wird der Gesetzgeber ermächtigt, das Recht zur Wahl von Verfassungsrichtern vom Bundestag auf den Bundestag und umgekehrt übergehen zu lassen, wenn in einem der beiden Wahlorgane eine Sperrminorität von mehr als einem Drittel besteht, welche die Wahl von Verfassungsrichtern tatsächlich blockiert.

Eine entsprechende einfachgesetzliche Regelung wird in § 7a BVerfGG eingefügt. Unserer Fraktion war wichtig, dass wir die Resilienz des Verfassungsgerichts stärken, dessen Status und Befugnisse aber unangetastet lassen. Dem wird der mit den Ampel-Fraktionen gefundene Kompromiss gerecht. Es werden lediglich Regelungen, die aktuell im einfachgesetzlich im BVerfGG normiert sind, verfassungsrechtlich gesichert. Inhaltlich ändert sich nichts, aber die Vorgaben sind zukünftig nur noch mittels verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat änderbar.

Mit dem [Entwurf](#) der Bundesregierung für ein

Gesetz zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs,

das wir in dieser Woche in abschließender zweiter und dritter Lesung beraten, wird insbesondere der Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag im Steuerrecht sowie das Kindergeld angehoben.

Der im Einkommensteuertarif integrierte Grundfreibetrag wird um 300 Euro auf 12 084 Euro im Jahr 2025 und ab 2026 um 252 Euro auf 12 336 Euro angehoben.

Das Kindergeld wird mit Wirkung zum 1. Januar 2025 um 5 Euro auf 255 Euro pro Kind und Monat sowie mit Wirkung zum 1. Januar 2026 um weitere 4 Euro auf 259 Euro pro Kind und Monat angehoben.



Dem Gesetzentwurf werden wir zustimmen – die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ist eines unserer Kernanliegen!

Überdies beraten wir den [Entwurf](#) der Bundesregierung für ein

Zehntes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

abschließend in zweiter und dritter Lesung. Im Regionalisierungsgesetz wird die Unterstützung des Bundes für die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) geregelt. Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf geht es insbesondere um die Finanzierung des **Deutschlandtickets**. Dazu sollen Mittel in Höhe von 350 Millionen Euro von diesem auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

Wir werden dem Entwurf zustimmen. Damit stellen wir die Finanzierung des Deutschlandtickets im nächsten Jahr sicher.

Zitat der Woche



«Sie stellen hier heute die Vertrauensfrage. Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihre Chance gehabt; Sie haben diese Chance nicht genutzt. Und es gilt für den heutigen Tag wie auch für den 23. Februar 2025, dem voraussichtlichen Tag der Bundestagswahl: **Sie, Herr Scholz, haben Vertrauen nicht verdient.**»

(Der CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende **Friedrich Merz** am Montag in der Debatte zur Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag)

Die ganze, großartige Rede hier:

[>>>> KLICK <<<<](#)

Zu guter Letzt:



Heute war der letzte Sitzungstag im Jahr 2024 - und das ist auch gut so. Die Batterien müssen aufgeladen werden.

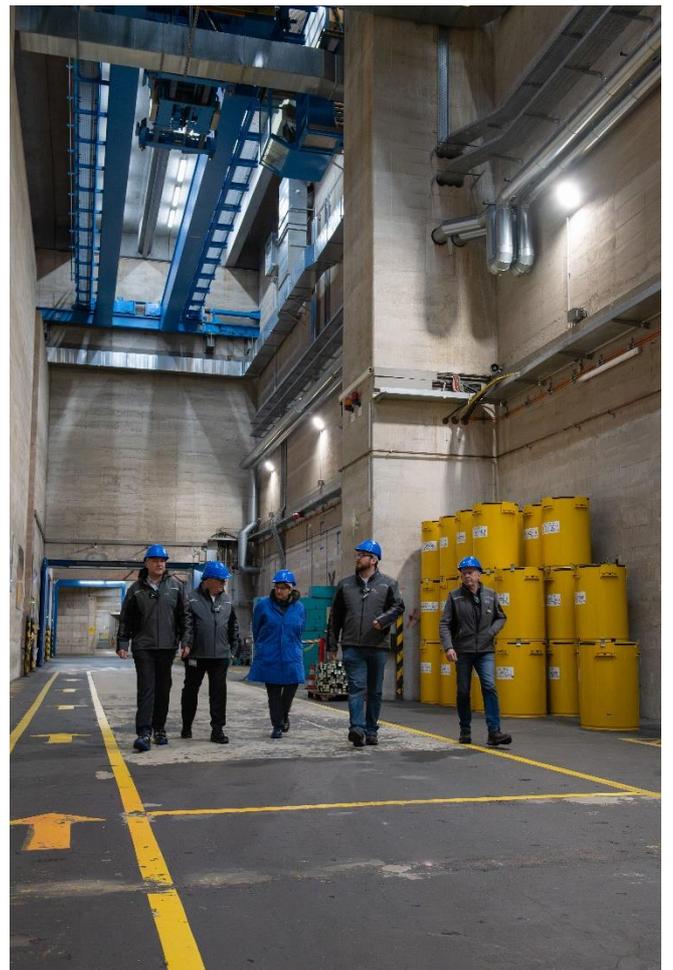
Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich von Herzen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Start in das Jahr 2025!



Bilder der Woche

Als Berichterstatteerin für den Haushalt des Bundesfinanzministeriums bin ich auch zuständig für die Mittel für den Rückbau kerntechnischer Anlagen. Nach meinem Besuch beim letzten DDR-KKW in Lubmin war ich jüngst bei der KTE GmbH in Karlsruhe.

Die „[Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe](#) GmbH (KTE) ist zuständig für alle Rückbauaktivitäten an stillgelegten kerntechnischen Versuchs- und Prototypanlagen am Standort Karlsruhe.



Besichtigung des Zwischenlagers für
schwach radioaktive Abfälle

und

Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe
(WAK)

Das Regierungsprogramm von CDU und CSU im Überblick

1. Für Fleiß, der sich wieder lohnt:

Wir senken die Steuern und entlasten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stellen Überstundenzuschläge steuerfrei. Wir schaffen das sogenannte „Bürgergeld“ ab und führen eine Neue Grundsicherung ein. Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten. Wir wollen für die da sein, die wirklich Hilfe benötigen.

2. Für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze:

Die Ampel hat Deutschland in die Rezession geführt. Wir bringen Deutschland wieder nach vorne. Wir senken die Unternehmenssteuer auf 25 Prozent, befreien die Wirtschaft von Bürokratie und geben wieder Planungssicherheit. Wir stehen zur Automobilindustrie und wollen das Verbrenner-Verbot wieder rückgängig machen.

3. Für Null-Toleranz und eine starke Polizei:

Mit elektronischen Fußfesseln für Gewalttäter gegen Frauen, Videokameras an Brennpunkten und Speicherung von IP-Adressen sorgen wir für mehr Sicherheit. Die Cannabis-Legalisierung ist ein Konjunkturprogramm für Kriminalität und eine Gefahr für unsere Jugend. Deshalb machen wir sie wieder rückgängig.

4. Für eine Wende in der Migrationspolitik:

Die Belastungsgrenze ist überschritten. Wir stoppen die illegale Migration schon an unseren Grenzen und setzen auf konsequente Zurückweisungen. Die Express-Einbürgerung der Ampel machen wir rückgängig ebenso wie die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft.

5. Für bezahlbare Energie und mehr Effizienz:

Ampel-Ideologie kommt unserem Land teuer zu stehen. Wir setzen auf Technologieoffenheit. An der Option Kernenergie halten wir fest. Wir senken Stromsteuer und Netzentgelte. Wir machen die Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaft- und Schenkungsteuer abzugsfähig. Habecks Heizungsgesetz schaffen wir ab.

6. Für starke Familien:

Wir wollen Familien entlasten und sie finanziell durch eine Weiterentwicklung des Kinderfreibetrags und die Erhöhung des Kindergeldes stärken. Am Ehegattensplitting halten wir fest. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen wir die Kinderbetreuung stärker und sorgen für mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit.

7. Für unsere Landwirtschaft:

Wir sind der Anwalt des ländlichen Raums und seiner Menschen. Landwirte sind die Garanten unserer Ernährungssicherheit und verdienen Wertschätzung – nicht Gängelung. Wir führen die Agrardieselrückvergütung wieder ein.

8. Für ein Digitalministerium für Deutschland:

Wir wollen aus technologischem Fortschritt einen Wohlstandsgewinn für Deutschland machen. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung zukünftig in einem Ministerium bündeln.

9. Für sichere Renten:

Rentenkürzungen wird es mit uns nicht geben. An der bestehenden Regelung zum Renteneintrittsalter halten wir fest. Wer freiwillig länger arbeiten will, kann mit unserer Aktivrente bis zu 2.000 Euro steuerfrei monatlich verdienen. Mit einer Frühstart-Rente sorgen wir für eine Altersvorsorge von Kindesbeinen an.

10. Für Frieden, Freiheit und Sicherheit:

Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen. Wir statten die Bundeswehr so aus, dass sie wieder voll verteidigungsfähig wird. Für uns gilt: mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

**Politikwechsel
für Deutschland**



Das komplette Regierungsprogramm findet sich unter:

<https://www.politikwechsel.cdu.de/>

Das Programm als Kurzfassung können Sie hier nachlesen:

[Regierungsprogramm \(Kurzfassung\)](#)

Splitter aus dem Wahlkreis



Kreisjahreshauptversammlung der JU Ostalb in Unterrombach-Hofherrnweiler



Besuch im Spital zum Heiligen Geist,
Stiftung Haus Lindenhof



Seniorenheim Göggingen,
mit Alt-Bürgermeister **Walter Weber**

Termine

- 14. Januar 2025: Stammtisch in Mögglingen
18:30 Uhr, „Reichsadler“ Mögglingen
- 15. Januar 2025: **Jens Spahn MdB**
17:00 Uhr, KochWERK, Backnang
- 15. Januar 2025: Stammtisch in Heuchlingen
19:30 Uhr, Heuchlingen
- 16. Januar 2025: Stammtisch in Bargau
19:00 Uhr, FC Vereinsheim, Bargau
- 20. Januar 2025: Minister **Peter Hauk MdL**
15.00 Uhr, „Schwanen“, Schwäbisch Gmünd